

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haushalte 2000/2001

Die Sanierungspolitik des Senats zielt auf eine Senkung des Schuldenstandes sowie auf die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft, um Handlungsspielräume für die Zukunft zu gewinnen. Diese Ziele sollen bis 2005 erreicht werden durch:

- Begrenzung der Verschuldung,
- schuldenmildernde Effekte der Sanierungszahlungen,
- Eigenbeiträge in Form massiver konsumtiver Einsparungen sowie
- die „konsequente, aus Zinsentlastungseffekten finanzierte Durchführung zukunftsorientierter Investitionen“ zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft.

Vor diesem Hintergrund muss der Haushaltsentwurf 2000/2001 bewertet werden. Zentrales Problem des Haushalts ist der Schuldenstand. Ende 2000 wird Bremen 15,9 Mrd. DM Schulden haben, am Ende des Jahres 2001 werden es 16,2 Mrd. DM sein. Die Schulden außerhalb des Haushaltes müssen noch hinzu gerechnet werden. Bei den Kapitaldienst- und Zwischenfinanzierungen kommen 1,9 Mrd. DM Restschuld am Jahresende 2000 bzw. 2,1 Mrd. DM Restschuld am Ende des Jahres 2001 hinzu. Weiterhin müssen etwa in gleicher Höhe Schulden der staatlichen Gesellschaften berücksichtigt werden. Der Schuldenstand Bremens am Ende des Sanierungszeitraumes wird bei etwa 25 Mrd. DM und damit höher als zu Beginn des Sanierungszeitraumes liegen.

Das strukturelle Haushaltsdefizit für das Jahr 2000 liegt bei 766,8 Mio. DM, für 2001 bei 712 Mio. DM. In haushaltstechnischer Betrachtung fallen laut Mitteilung des Senats für das Jahr 2000 953,7 Mio. DM und im Jahr 2001 934,7 Mio. DM an Zinszahlungen an. Die tatsächliche Höhe der Zinszahlungen ist weit höher, berücksichtigt man die zu leistenden Annuitäten des Kapitaldienstfonds und der staatlichen Gesellschaften. Die Zinsaufwendungen werden über Einsparungen im konsumtiven Bereich erbracht, d. h. über Einsparungen z. B. bei Personalausgaben, Betriebsausgaben, Kindertagesstätten, Theater oder Sozialhilfe.

Die Haushalte 2000/2001 müssen folglich im Zusammenhang mit dem hohen Anteil an außerbudgetären Finanzierungen gesehen werden. Sie bedeuten eine hohe Mittelbindung für künftige Haushalte, die den künftigen politischen Gestaltungsspielraum einschränken. Die Verantwortung bzw. die Belastungen werden in die Zukunft, d. h. auf nachfolgende Generationen, verlagert.

Sparen . . .

Die wesentlichen Kennzahlen der Haushaltsentwürfe und des Finanzplans machen deutlich, dass eine Abkehr von der Verschuldungspolitik nicht zu erwarten ist. Ziel der Haushaltberatungen muss zumindest ein Abbau der Neuverschuldung sein. Dazu ist es erforderlich, Schwerpunkte zu setzen und alle Investitionen, insbesondere im Bau- und Verkehrsbereich, zu prüfen. Die in den Haushaltsentwürfen vorgesehenen Investitionsprojekte (Grund-IP, ISP) haben ein Volumen von ca. 2 Mrd. DM (2000/2001). Hier muss eine Konzentration erfolgen. Aus diesem Grund sind Einsparungen in Höhe von ca. 190 Mio. DM (2000/2001) bei den folgenden ISP-Projekten vorzunehmen (vgl. Anlage):

- Rhodarium,
- Space Park,
- Ocean Park,
- Rennbahn,
- Wissenschaft,
- Verkehrsprojekte.

Damit werden Kürzungen bei Bauprojekten mit zweifelhaften wirtschafts- und finanzkraftstärkenden Effekten vorgenommen. Auch hinsichtlich ihres Beitrages zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit sind die Projekte ihren Erfolgsnachweis schuldig geblieben. Vom Space Park sind keine nennenswerten Impulse für einen Strukturwandel zu erwarten. Der Ocean Park in Bremerhaven ist faktisch gescheitert. Nachfolgeprojekte bzw. Planungskosten für die Entwicklung des Tourismus in Bremerhaven müssen aus dem WAP oder dem ISP finanziert werden. Mit dem Bau eines Auswanderungsmuseums könnte ein erster Schritt gemacht werden, Bremerhaven für Touristen attraktiver zu gestalten. Das Rhodarium findet inzwischen keine parlamentarische Mehrheit mehr. Die Kosten der öffentlichen Hand für das Rennbahnprojekt wurden aufgrund politischen Drucks von ca. 40 Mio. DM auf 15,4 Mio. DM reduziert. Diese Entwicklungen lassen vermuten, dass weitere Einsparpotenziale vorhanden sind.

Weitere Einsparungen sind zu erbringen durch den Verzicht auf die Bauprojekte Schleuse Oslebshausen und Containerterminal IV, eine Reduzierung der Baggerkosten im Hafbereich Bremen-Stadt durch eine räumliche Konzentration der Hafentätigkeiten sowie Einsparungen beim Verfassungsschutz.

Die genannten ISP-Projekte repräsentieren einen überholten Investitionsbegriff, der einseitig auf Bau- und Verkehrsprojekte sowie Großprojekte im Bereich Tourismus und Einzelhandel setzt und so genannte weiche Standortfaktoren wie Bildung, Ausbildung, Qualifikation, Lebensqualität, Kultur, Umwelt und Gesundheit vernachlässigt. Hier ist ein Umsteuern erforderlich. Die Wirtschaftsförderung braucht neue Schwerpunktsetzungen, v. a. im Bereich Qualifizierung, Gesundheitswirtschaft, technologie- und personennahe Dienstleistungen sowie Umwelttechnologie.

Im Wissenschaftsbereich handelt es sich um Hochschulbauvorhaben. Die Notwendigkeit der Realisierung muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt aufgrund der mäßigen Auslastung der Kapazitäten zumindest teilweise in Frage gestellt werden. Angesichts der Finanzkrise ist des weiteren eine zeitliche Verzögerung von an sich positiv zu bewertenden Projekten zu vertreten, da sie in kurz- und mittelfristiger Perspektive nicht zu qualitativen Einbußen im Bereich der bremischen Wissenschaftsentwicklung führen. Dagegen sind Kürzungen im Bereich der Ausstattung wie z. B. die Versorgung der Hochschulen mit wissenschaftlichen Zeitschriften nicht sinnvoll.

Auf die Einrichtung von Stiftungen im Jugend- und Sozialbereich muss verzichtet werden, weil die dafür veranschlagten Mittel dem regulären Haushalt entzogen werden. Die vorgesehenen Mittel sollen im Rahmen einer Schwerpunktsetzung Kinder – Jugend – Bildung zur Verfügung gestellt werden.

Insgesamt sollen auf diesem Wege Einsparungen in Höhe von 249.526.000 DM (incl. der genannten 190 Mio. DM ISP-Mittel) erbracht werden.

Flughafen GmbH und Messe GmbH müssen nicht notwendigerweise in staatlichem Eigentum geführt werden. Von anteiligen Veräußerungen können Erlöse in Höhe von ca. 150 Mio. DM erzielt werden.

... und Investieren

Während der Finanzplan von einer Konstanz der Einwohnerzahl ausgeht, prognostiziert das Statistische Landesamt eine weitere Abwanderung von bis zu 100.000 Menschen für die nächsten 20 Jahre. Angesichts des Mitte der 90er Jahre verstärkenden anhaltenden Bevölkerungsverlustes an das niedersächsische Umland ist die Sicherung der Lebens- und Standortqualität im Bundesland Bremen hingegen dringend geboten. Die Höhe der originären Steuerkraft und der Finanzzuweisungen hängen von der Einwohnerstärke ab.

Vor diesem Hintergrund sind die einseitigen Ausgabenreduzierungen im konsumtiven Bereich problematisch. Die Qualität des Lebens in der Stadt muss für die Bürger/-innen in Bremen und Bremerhaven erhalten bleiben. Dazu gehört Kulturvielfalt, funktionierende soziale Infrastrukturen, ein breites Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifikationsangebot, Gesundheit und eine intakte Umwelt. Um dies zu gewährleisten, sollen fünf Aktionsfelder entwickelt und mit entsprechenden Haushaltsmitteln in Höhe von insgesamt 172.000.000 DM ausgestattet werden.

Abbau der Neuverschuldung

Eine Trendumkehr in der Staatsverschuldung ist dringend notwendig. Mit den genannten Einsparungen, Veräußerungen und Ausgaben können Mittel in Höhe von 227.526.000 DM zum Abbau der Neuverschuldung eingesetzt werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Der Haushaltsentwurf 2000/2001 und der Finanzplan 1999 bis 2005 zeigen, dass die Sanierungsziele des Senats nicht erreicht werden. Diese Fakten machen die Notwendigkeit einer neuen Gewichtung im Haushalt 2000/2001 deutlich. Es gibt einen Handlungsbedarf in drei Bereichen:

- I. Bei den Investitionen müssen Einschnitte vorgenommen werden.
- II. Ein radikales Sparen ausschließlich im konsumtiven Bereich gefährdet die Lebensqualität in beiden Städten. D. h. es müssen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um städtische Lebensqualität und Umwelt zu erhalten.
- III. Es bedarf einer nennenswerten Reduzierung der Neuverschuldung.

Im Einzelnen soll der Haushalt 2000/2001 folgende Schwerpunkte enthalten:

1. Aktion Zukunft: Kinder – Jugend – Bildung
 - Ausweitung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für drei- bis sechsjährige Kinder auf sechs Stunden inklusive Mittagessen,
 - Unterstützung von Jugendverbänden, Mädchengruppen, außerschulischer Jugendbildung, Jugendinformation und -beratung, offene Jugendarbeit,
 - Einführung eines Programms Naturwissenschaft und Technik (Computer, Software, Lehrerfortbildung) an Bremens Schulen,
 - Verbesserung Verlässliche Grundschule/Erhalt Volle Halbtagsschule,
 - Einstellung zusätzlicher Lehrer.
2. Aktion Umwelt
 - Schutz von Boden, Wasser und Luft: Beseitigung von Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen durch die Sanierung von Altlasten; Flächenrecycling,
 - Förderung von Projekten im Rahmen der lokalen Agenda 21.
3. Aktion Zukunftssektor Gesundheitswirtschaft
 - Investitionen in Krankenhäuser,
 - Ausbildungsverbund Pflege und Gesundheit.
4. Aktion Bürger/-innenengagement
 - Einrichtung eines Aktionsfonds Bürger/-innenengagement,
 - Absicherung der Projektförderung wie z. B. Schuldnerberatung oder Rat- und-Tat-Zentrum.
5. Aktion Stadtkultur
 - Auswanderermuseum in Bremerhaven,
 - Investitionszuschüsse für Kultureinrichtungen,
 - Anhebung Kulturetat.

Der Senat wird beauftragt, die Einsparungen, Mehreinnahmen und Umschichtungen im Haushaltsvollzug zügig umzusetzen.

Mützelburg, Karoline Linnert, Dr. Helga Trüpel,
Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Haushalte 2000/2001 – Übersicht

A. Einsparungen

Maßnahme	2000	2001
Rhodarium/Rhododendron-Park	23.000.000	5.200.000
Space-Park	8.500.000	21.500.000
Ocean-Park	20.000.000	65.000.000
Rennbahn	3.000.000	2.000.000
Wissenschaft	7.000.000	13.000.000
Verkehrsprojekte	7.000.000	13.000.000
Zuschüsse für Maßnahmen mit Schwerpunkt in diversen Wissenschaftsbereichen (anteilig) Umweltforschung, Informationswissenschaften, Mikrotechnologien, Logistik, Biotechnologie, Weltraumforschung etc.	500.000	500.000
Schleuse Oslebshausen	1.862.000	2.364.000
Baggerkosten Bremen-Stadt	1.300.000	2.700.000
Ausbau des Containerterminals CT IV	17.550.000	12.450.000
Verfassungsschutz	1.500.000	3.600.000
Stiftungen im Jugend und Sozialbereich	6.000.000	11.000.000
Gesamt	97.212.000	152.314.000

249.526.000

B. Veräußerungserlöse

150.000.000

C. Gesamtentlastung für die beiden Haushalte

399.526.000

D. Zusatzausgaben für Haushalte 2000/2001

Maßnahme	2000	2001	2000/2001
1. Aktion Kinder – Jugend – Bildung			
Aufgabensicherung Lehrpersonal	3.300.000	6.700.000	10.000.000
Programm Naturwissenschaft und Technik	6.600.000	13.400.000	20.000.000
Grüne Grundschule	3.300.000	6.700.000	10.000.000
Ausstattung der StUB mit wissenschaftlichen Zeitschriften	500.000	500.000	1.000.000
Kinderbetreuung	3.300.000	6.700.000	10.000.000
Jugendförderung	2.000.000	4.000.000	6.000.000
Summe	19.000.000	38.000.000	57.000.000
2. Aktion Umwelt			
Lokale Agenda 21: Fonds unter Verwaltung der Senatskanzlei	400.000	1.000.000	1.400.000
Schutz von Boden, Wasser und Luft: Beseitigung von Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen durch die Sanierung von Altlasten; Flächenrecycling	16.000.000	34.000.000	50.000.000
Summe			51.400.000

Maßnahme	2000	2001	2000/2001
3. Aktion Zukunftssektor Gesundheitswirtschaft			
Krankenhausinvestitionen	10.000.000	20.000.000	30.000.000
Ausbildungsverbund Pflege und Gesundheit	400.000	600.000	1.000.000
Summe			31.000.000
4. Aktion Bürger/-innenengagement und Selbsthilfe			
Übungsleiter Sport	700.000	1.300.000	2.000.000
Beiräteglobalmittel	400.000	1.000.000	1.400.000
Projektförderung	700.000	1.300.000	2.000.000
Neue Projekte	200.000	300.000	500.000
Summe			5.900.000
5. Aktion Stadtkultur			
Investitionszuschüsse	2.400.000	4.800.000	7.200.000
Auswanderermuseum	5.000.000	10.000.000	15.000.000
Absicherung bestehender Kultureinrichtungen	1.500.000	3.000.000	4.500.000
Summe			26.700.000
Gesamt 1. bis 5.			172.000.000
E. Abbau der Neuverschuldung (C. bis D.)			227.526.000